

dbb Hessen Nachrichten

NUMMER 1 2025

JANUAR 2025

„Gutes Neues!“ diesen Gruß hört man noch immer vereinzelt, auch wenn der Jahreswechsel schon wieder ein Weilchen her ist. Und manch einer fragt sich: Wie lange kann man diesen Gruß verwenden? Normalerweise ist das Thema nach der zweiten Jahreswoche rum, empfehlen Knigge-Bücher. Aber wer sich bis dahin nicht gesehen hat, kann den Wunsch immer noch in die Begrüßung einbauen. Schadet ja auch nicht und am Ende geht es doch auch um Wertschätzung und Respekt. In diesem Sinne wünschen auch wir noch ein „gutes Neues allerseits!“

dbb-Jahrestagung im Wahlkampf



Die dbb Jahrestagung in Köln (5.-7. Januar 2025) ist nicht nur alljährlich der gewerkschaftliche Jahresauftakt, die Tagung ist auch ein erster Gradmesser, welche Themen in diesem Jahr auf der politischen und gewerkschaftlichen Agenda den Takt vorgeben sollen: Heuer sind dies ein wettbewerbsfähiger öffentlicher Dienst, die innere Sicherheit, aber auch Digitalisierung und gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Eine Besonderheit hat die dbb Jahrestagung 2025: Sie liegt zu Beginn des Wahlkampfauftritts für die vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar. „Die Politik muss hingucken, reagieren und Antworten geben“, unterstrich NRW-Ministerpräsident **Hendrik Wüst** in seiner Rede. „Sie muss das Sicherheitsgefühl wieder herstellen. Das ist eine zentrale Aufgabe für das Jahr 2025,“ formulierte NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst die Aufgaben der Politik. Dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Leistungsfähigkeit des Staates nachlässt, könne Bundesinnenministerin **Nancy Faeser** im Licht der Zeitenwende nachvollziehen. „Wichtig ist, dass die Politik, die Bürgerinnen und Bürger nicht mit ihren Sorgen allein lässt. Der Staat muss in Krisenzeiten Orientierung bieten.“ Gleichzeitig gehe der



Inhaltsverzeichnis

dbb-Jahrestagung in Köln im Wahlkampf Seite 1

Di Fabio: ÖD braucht einen Sanierungsplan Seite 3

dbb akademie: Talk mit Experten Seite 5

Presseseminar für Mitgliedsverbände Seite 6

Weitere Demos in Wiesbaden gegen Spardiktat Seite 6

DPVKOM beschließt neue Strukturen Seite 7

Mitglied in Fachgewerkschaft werden Seite 8

Respekt und der positive Umgang immer mehr verloren. Als Beispiel nannte sie die Gewalt an Silvester: „Einsatzkräfte wurden an ihrer Arbeit gehindert und sogar angegriffen. Das ist völlig inakzeptabel und muss harte Konsequenzen haben.“ Gewalt betreffe aber auch die Beschäftigten in der Verwaltung.

„Die Menschen wollen keinen Schuldenfetisch, die Menschen wollen Straßen, Schulen und Schutzpolizei“, machte Geyer entsprechend gegenüber Spitzen aus Politik und Verwaltung deutlich. „Schuldenbremse hin oder her: Diese Investitionen müssen Priorität haben!“

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates sei auf einem historischen Tiefstand, erinnerte der stellvertretende dbb-Bundesvorsitzende **Volker Geyer** an entsprechende Erhebungen aus dem vergangenen Sommer. Die Folgen seien gefährlich. „Wo das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen schwindet, da schwindet auch der Respekt vor seinen Beschäftigten. Und wo der Respekt schwindet, da wird der Weg zur Gewalt immer kürzer“, so der dbb Vize. Das hätten etwa die jüngsten Angriffe auf Einsatzkräfte in der Silvesternacht einmal mehr deutlich gemacht. Die Erwartung an die Politik sei daher, für ein funktionierendes Gemeinwesen zu sorgen. Geyer: „Dazu gehört die Stadtbücherei. Das Schwimmbad. Die Schule. Die Polizei. Die Straße. Die Bahn. Kurz: Zu einer Demokratie gehört ein funktionierender Staat!“

Der dbb erwarte erste konkrete Schritte bereits in der Ende Januar beginnenden Einkommensrunde mit Bund und Kommunen, so Geyer. Hier fordert der dbb Entgelterhöhungen im Volumen von 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro monatlich sowie mehr Arbeitszeitsouveränität für die Beschäftigten. Für die Beamtinnen und Beamten des Bundes drängt der dbb weiterhin auf eine verfassungskonforme Besoldung sowie eine Rückführung der Wochenarbeitszeit von 41 auf 39 Stunden.

Etwas völlig Anderes, aber sehr Beeindruckendes war der Vortrag des Zukunftsforschers **Sven Gábor Jánoszy (Foto: Urban)**. Er widmete sich dem Thema „2035 – so arbeiten wir in der Zukunft“. Wir sollten die Zukunft lieben und den Möglichkeiten der Zukunft mehr vertrauen als den Erfahrungen der Vergangenheit – so sein Appell.



„Insbesondere der Vortrag von Herrn Gabor Janszky war nicht nur spannend, sondern hat indirekt auch die Herausforderungen der zukünftigen Arbeitswelt deutlich gemacht“, fasst die hessischer dbb-Frauenvorsitzende **Sonja Waldschmidt** zusammen.

„Aus meiner persönlichen wie auch der Sicht der jungen Beschäftigten wurde nochmals deutlich gemacht, dass der öffentliche Dienst stark in die digitalen Kompetenzen und Ausbildung der Mitarbeiter investieren muss“, nimmt der Vorsitzende der hessischen dbb-Jugend, **Matthias Berk**, aus Köln mit. Dabei gehe es nicht nur um die Ausstattung mit modernen Arbeitsmitteln, sondern auch mit den Kompetenzen neue Technologien zu verstehen, beeinflussen und einschätzen zu können. „So sehr beispielsweise künstliche Intelligenzen eine Chance darstellen, so sehr muss der Staat auch schauen, dass diese nicht missbräuchlich oder gefährdend genutzt werden. Dies geht nur, wenn die heutigen Beschäftigten des öD entsprechend qualifiziert werden“, fasst Berk zusammen und plädiert für mehr Studiengänge in diese Richtung.

Ein weiterer Höhepunkt für den hessischen Landesvorsitzenden **Heini Schmitt** war der Vortrag des ehem. Richters am Bundesverfassungsgericht, **Udo Di Fabio**.

Di Fabio: Nach Schönwetterphase braucht es einen Sanierungsplan

Als wesentlichen Stabilitätsfaktor der Demokratie sieht der Verfassungsrechtler **Prof. Dr. Udo Di Fabio** in seiner Keynote die Treue des Beamten zur Verfassung – eine Lehre, die aus der untergegangenen Weimarer Demokratie zu ziehen war. Doch was, wenn es Anlass gebe, die Verfassungstreue Einzelner in Zweifel zu ziehen?

Di Fabio beschreibt einen Strukturwandel in der politischen Betätigung, den er als „**Verfeindlichung der politischen Lager**“ beschreibt. Andersdenkende würden zunehmend nicht mehr als Gegner oder Konkurrenten, sondern vielmehr als Feinde wahrgenommen. Doch, so fragt sich Di Fabio, woher kommt diese Tendenz zur Radikalisierung?

Jedoch ist es laut Di Fabio durchaus schwierig, eine Verfassungsfeindlichkeit zweifelsfrei zu identifizieren. Als verfassungsfeindlich benennt er ein Bestreben, das darauf angelegt ist, die freiheitlich demokratische Grundordnung verändern zu wollen. Eine deutliche Nähe zu Putin lege den Verdacht nahe, dass das russische System für Deutschland als wünschenswert erachtet werden könnte. Dort gebe es bekanntlich keine Gewaltenteilung und keine unabhängige Gerichtsbarkeit. **Wer Sympathie für solche Verhältnisse zeige, der wecke zumindest Zweifel an seiner Verfassungsloyalität**, so Di Fabio.

Die Gesellschaft, so analysiert Di Fabio, verändere sich – sie erscheine volatiler, stimmungsgetriebener, unsicherer. Zwar sei das Ansehen der Demokratie in Deutschland immer noch hoch, aber die Mehrheit schrumpfe und in den neuen Bundesländern wackele sie bereits. „Das Ansehen der Demokratie leidet“, konstatiert der ehemalige Bundesverfassungsrichter.

Um das Vertrauen hochzuhalten, bedürfe es eines funktionsfähigen öffentlichen Dienstes, der mit Überzeugung die Gesetze der Republik vollstreckt. Doch das werde immer schwieriger. Ursache: **Es wurde und werde eine Fülle an Recht geschaffen, auf nationaler, supranationaler oder föderativer Ebene**. „Wenn die Zahl der Gesetze komplex wird und nicht mehr klar ist, was das Regelungsziel ist, ist das ein Problem.“ Als Beispiel führt Di Fabio das Berliner „Schneller Bauen Gesetz“ an. Damit versuche der Gesetzgeber verzweifelt, die Komplexität zu reduzieren, etwa indem Zuständigkeiten verlagert oder Ausnahmen für nicht explizit europarechtlich geforderte Regelungen geschaffen werden. Doch „es sind Verzweiflungstaten“, die nicht dazu beitragen Wohnraum so zu schaffen, dass er in bezahlbarer Weise entstehe.

Allgemein habe man, so fasst es Di Fabio zusammen, das Recht in einer politischen Schönwetterlage etwas großleibig werden lassen. Dadurch entstehe Rechtsunsicherheit.

Aber noch ein Problem hat Di Fabio ausgemacht: **Die demographisch alternde Gesellschaft, die zu einem „Sozialkonservatismus“ neige**. Die Erwartung der Bürger verhalte sich nach dem Grundsatz, „alles solle so bleiben wie es war, als es noch schön war“.

Olaf Scholz' Zeitenwende-Rede habe viel Veränderung angekündigt – wenige Monate später habe der Kanzler an anderer Stelle aber versprochen, dass sich für niemanden etwas ändern werde, was geradezu beispielhaft für eine demographisch alternde Gesellschaft stehe.

Eine klimapolitische Transformation sei ein ehrgeiziger Wille. „Wenn man sowas will, muss man eine Menge tun“, konstatiert Di Fabio. „Das müssen wir als Bürger umsetzen.“ Eine solche Transformation bedeute aber einschneidende Veränderungen unserer Lebensverhältnisse „und Politiker, die das nicht sagen, gefährden das Ansehen der Demokratie“, macht Di Fabio deutlich. Bei Maßnahmen, wie beispielsweise dem Emissionshandel gehöre es dazu die Folgen zu erklären. **„Der Staat muss sagen, was es kostet, sonst entsteht Unruhe, die in volatilen Gesellschaften zu Stimmungsumschlägen an der Wahlurne führen kann.“**

Auch das Thema Rechtsstaat sprach Di Fabio an. „Wir brauchen den Rechtsstaat, damit Demokratie funktioniert.“ Ebenso brauche die Demokratie den Rechtsstaat. Für gewisse Aspekte fordere er deshalb einen Sanierungsplan im Vollzug, sagte er mit Blick auf die zurückliegende Silvesternacht.

Di Fabio zitiert einen Rettungsmitarbeiter, der nach vollmundigen Ankündigen **nach der Silvesternacht** - „Jetzt wird mit der vollen Härte des Gesetzes durchgegriffen!“ – eine ganz andere Perspektive schilderte: „2022 ist eine schwerste Straftat geschehen, wir haben Alles dokumentiert, die Beweislage ist sonnenklar, aber der Täter ist noch nicht einmal vor Gericht gestanden. Es hat noch nicht einmal eine Verhandlung stattgefunden! **Wer soll da glauben, wenn das nach zwei Jahren nicht geschehen ist, dass jetzt im Jahr 2024/2025 hart durchgegriffen wird?**“, so Di Fabio.

Zur Sanierung gehöre, dass Rechtstaatlichkeit gleichmäßig im Vollzug werde und Vollzugsprobleme deutlicher erkannt würden. „Der gleichheitsgemäße Vollzug des Gesetzes ist ein elementares Gerechtigkeitsempfinden.“

Nach einer langen politischen Schönwetterphase, die mit ständigem Wirtschaftswachstum einiges an Fehlentwicklungen zu übertünchen vermochte – Stichwort Ausgaben für Justiz, Verteidigung, Soziales -, brauche der Staat nun eine Antwort auf schlechteres Wetter und die entscheidende Frage dabei laute: „Wie wird der öffentliche Dienst wieder funktionsfähig?“

Deshalb müsse der öffentliche Dienst nachhaltig gepflegt werden. Und da komme die Alimentation ins Spiel. Das Bundesverfassungsgericht habe einmal festgelegt, dass die Besoldung eines Beamten mehr als 15% über der Grundsicherung liegen solle.

Für die weitreichenden Pflichten eines Beamten, die er mit voller Hingabe zu erfüllen habe, seien diese 15% „ein bisschen billig“, so Di Fabio. „Und selbst bei diesen geringen 15% fällt es den öffentlichen Kassen zunehmend schwer, das einzuhalten. Das ist ja der Grund, warum sie nach...nach Bypässen suchen, um sozusagen diesen Abstand anders zu nivellieren, etwa durch Anrechnung des Partnereinkommens.“

Dabei müsse man neu entscheiden, wo man die öffentlichen Mittel hinlenke. Das Steueraufkommen der Bundesrepublik Deutschland sei immens hoch. **Es sei eben nicht so, dass die Kassen ausgeblutet wären. Man müsse die politische Frage stellen, wie das neu tariert werden müsse. Das sei wichtig.**

„Der Rechtsstaat muss handlungsfähig sein und Akzeptanz auf allen Ebenen finden“, gab Di Fabio den Delegierten und Gästen mit auf den Weg. **Es müsse wieder unmissverständliche Klarheit herrschen: Wer etwa einen Polizisten angreife, wie in der Silvesternacht geschehen, der greife auch die Demokratie an.** „Denn den Beamten oder die Beamtin haben wir dahingestellt. Das gilt es deutlich zu machen!“

+++++

Die neuesten Nachrichten gleich auf das Handy



Es gibt mal wieder etwas Neues! Seit wenigen Tagen können Sie die neuesten Nachrichten aus dem dbb Hessen gleich auf das Handy bekommen – mit unserem neuen **WhatsApp-Kanal**. Also gleich **kostenfrei** und **unverbindlich** abonnieren und nichts mehr verpassen!

Fragen zum Angebot an: presse@dbbhessen.de

+++++

Der Online-Expertentalk

Nicola Winter Bestsellerautorin

Michael Groß Olympiasieger

Jetzt kostenlos anmelden auf dbbakademie.de und am **5. + 6.2.2025** dabei sein!

dbb akademie: Online-Expertentalks 2025

5. und 6. Februar 2025, 13 - 17 Uhr online auf Zoom

- 12 TOP-Vorträge
- Expertenwissen in 50 Minuten
- kurz, prägnant und online
- Die Teilnahme ist kostenfrei

50 Minuten zu den TOP-Themen, die den öffentlichen Dienst bewegen. In 12 Online-Vorträgen sprechen 12 ExpertInnen zu ihren Schwerpunkten.

+++++

Sie möchten die **dbb Nachrichten direkt** und **kostenlos** ins **eigene Mailpostfach** geschickt bekommen? Kein Problem! Einfach bestellen per Mail an: presse@dbbhessen.de

+++++

Pressearbeit: Tipps und Tricks für mehr mediale Aufmerksamkeit

Aufmerksamkeit und Zeit sind die härteste Währung in unserer modernen Informationsgesellschaft. Oder anders formuliert: Wer sich nicht irgendwie Sichtbarkeit verschafft, findet in der Öffentlichkeit nicht statt.

Wie schafft man es als Verband, mit seinen Inhalten und Botschaften medial durchzudringen und Gehör zu finden? Der dbb Hessen möchte den Pressesprechern oder für Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Personen der dbb-Mitgliedsgewerkschaften in einem Tagesseminar grundlegende und nützliche Tipps und Tricks für die Praxis an die Hand geben – von der Pressemitteilung über das Erstellen eines Presseverteilers bis hin zum sinnvollen (und nicht allzu aufwändigen) Einsatz von sozialen Netzwerken. Zugleich soll das Seminar Gelegenheit zum Vernetzen bieten.

Wann: Donnerstag, 27. März, 2025, 10-16 Uhr

Wo: Geschäftsstelle des dbb Hessen, Europa-Allee, Frankfurt

TERMINSACHE: 25. FEBRUAR UND 25. MÄRZ ZUR DEMONSTRATION GEGEN DAS BESOLDUNGSSPARDIKTAT

DIE VERSCHIEBUNG DER BESOLDUNGSERHÖHUNG VON AUGUST AUF DEZEMBER KOSTET DIE BEAMTEN VIEL GELD. DER HESSISCHE LANDTAG MUSS DIESE VERSCHIEBUNG NOCH PER GESETZ BESCHLIEßEN.

ZWEITE UND DRITTE LESUNG SOLLEN IN DER 9. BZW. 13. KW STATTFINDEN. DER DBB HESSEN PLANT DESHALB FÜR DEN 25. FEBRUAR UND DEN 25. MÄRZ EINE **DEMONSTRATION IN WIESBADEN**. ANMELDUNG: mail@dbbhessen.de

Neue Strukturen bei der DPVKOM beschlossen



Die DPVKOM hat seit Dezember einen neuen Regionalverband. An diesem Tag beschlossen die rund 80 Delegierten aus dem Regionalverband Mitte und dem Landesverband NRW in Siegburg mit sehr großer Mehrheit die Zusammenlegung der beiden Untergliederungen zum neuen Regionalverband Mitte/West.

Der Gewerkschaftstag stand unter dem Motto: #Wir gestalten unser Morgen und wurde von dem erfahrenen Ehrenvorsitzenden **Willi Russ** als Tagungspräsident souverän geleitet. Er wurde dabei von **Andreas Mohr** und **Gaby Wilhelm** aus dem RV Mitte und **Elisabeth Kopp** aus dem LV NRW unterstützt.

Tags zuvor wurde in getrennten Gewerkschaftstagen über den Zusammenschluss des RV Mitte mit dem LV NRW abgestimmt. Dabei stimmten die Delegierten des LV NRW einstimmig und die Delegierten des RV Mitte bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen sehr eindeutig für den Zusammenschluss.

Zur Regionalvorsitzenden wählten die Delegierten die bisherige Landesvorsitzende NRW und freigestellte Betriebsrätin in der NL Betrieb Bonn, **Birgit Höschler** deutlich mit über 94%. Sie steht damit in den kommenden fünf Jahren an der Spitze des neuen Regionalverbandes. Gleichberechtigte stellvertretende Regionalvorsitzende sind **Karlheinz Vernet Kosik**, **Horst Sayffaerth** und **Adnan Deger**. Diese wurden mit deutlich über 80% der Stimmen gewählt. Damit sind neben aktiven Betriebsräten aus beiden ehemaligen Bereichen auch zwei erfahrene Gewerkschafter im Vorstand vertreten.

Mitglied in Fachgewerkschaft und dem dbb werden

🏠 | Mitgliedschaft & Service

Online-Beitritt

Sie möchten Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion werden?

Kein Problem! Schicken Sie einfach folgende Angaben an uns. Wir leiten alles Weitere für Sie in die Wege.

Die mit * gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder

Persönliche und dienstliche Angaben

Vorname* Nachname*

Straße und Hausnummer*

PLZ* Wohnort*

Geburtsdatum* E-Mail*

Dienststelle* Arbeitgeber*

Beschäftigt als*

Sieben gute Gründe für eine Mitgliedschaft Als Mitglied einer dbb-Gewerkschaft...

...werden Ihre Interessen von einer durchsetzungsstarken Solidargemeinschaft mit 1,3 Millionen Mitgliedern wirksam vertreten.

...können Sie selbst im Kreis interessierter Kolleginnen und Kollegen Ihren Teil an einer zukunftsfähigen Gestaltung des öffentlichen Dienstes beitragen.

...werden Sie in allen berufsspezifischen Fragen und über jede Entwicklung im öffentlichen Dienst bestens informiert.

...ist Ihnen Unterstützung in beamtenrechtlichen und tarifvertraglichen Fragen sicher.

...genießen Sie Rechtsschutz in beruflichen

Rechtsstreitigkeiten.

...stehen Ihnen viele Vorteilsangebote starker Partner offen.

...können Sie auf das breitgefächerte Schulungsangebot der **dbb akademie** zurückgreifen.

Wie werde ich Mitglied?

Der dbb ist eine Spitzenorganisation, die aus Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors besteht. Mitglied wird man deshalb nicht beim dbb unmittelbar, sondern bei der für den Dienst- bzw. Arbeitsbereich zuständigen Fachgewerkschaft.

Wie viel Mitgliedsbeitrag muss ich zahlen?

Diese oft gestellte Frage kann nur von den Fachgewerkschaften beantwortet werden, denn sie erheben die Mitgliedsbeiträge und nicht die Spitzenorganisation. Die Mitgliedsgewerkschaften sind neben allen berufspolitischen Fachfragen u.a. auch für die Gewährung von Rechts- und Versicherungsschutz zuständig. Das oben stehende Online-Beitrittsformular finden Sie unter:

<https://www.dbb-hessen.de/mitgliedschaft/online-beitritt/>

Einkommensrunden – egal ob mit Bund, Kommunen, den Ländern oder anderen Arbeitgebenden – gehen jeden an. Alle sind betroffen. Das Ergebnis ist offen. Sie können es mitgestalten – durch Mitmachen oder Fernbleiben! Die Einkommensrunden finden auch vor Ort statt, in Ihrer Verwaltung, in Ihrem Betrieb. Dort werden die Ergebnisse wirksam. Handeln Sie, sonst wird über Sie verhandelt!

Treten Sie in Aktion, werden Sie Mitglied in einer unserer Fachgewerkschaften!

Wir bieten Fachkompetenz vor Ort und eine zentrale Verhandlungsmacht für Arbeitnehmende, Beamtinnen und Beamte. Ihre berechtigten Interessen lassen sich oftmals nur im Konflikt durchsetzen. Gewerkschaften werden jedoch auch im Alltag dringend gebraucht.

Die **dbb Fachgewerkschaften bieten** konsequente **Interessenvertretung, Fortbildung** und **Rechtsschutz** rund um die Arbeit. Unsere **Personal-** und **Betriebsräte/-rätinnen** gestalten die Arbeitswirklichkeit vor Ort. Über unsere Medien **informieren wir** Sie über alle wichtigen tarif- und beamtenpolitischen Themen.

Impressum

V.i.S.d.P.: dbb Hessen, Andreas Nöthen (Pressesprecher), Europa-Allee 103 (Praedium), 60486 Frankfurt

Mail: presse@dbbhessen.de.



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah



dbb
vorteilswelt